

Niederschrift

über die am 06.07.2023 um 19.00 Uhr im Großer Sitzungssaal, Rathaus stattgefundene Sitzung des Gemeinderates.

Anwesende:

MMag. Lukas Schmied
Mag. Martin Krämer
Robert Peer
Maria Gahr-Vohradsky
Martin Weißenbrunner
Erich Steiner
Wilhelm Greuter
Alexander Erler, BA
Sonja Fender
Martin Vogl
DI Christoph Müller
Murat Celik
Bernhard Sponring
Alexandra Jeller
Karoline Reitmeir
Mst. Dietmar Hinterreiter
Dr. Maria Schaffenrath
Valentina Schwaninger
Martin Schrott

Weitere Anwesende:

Ortsvorsteher Martin Egger

von der Verwaltung:

Bauamtsleiter Bmst. Ing. Wolfgang Brunner
Finanzverwalter Mario Remes

Amtsleiterin Dr. Veronika Sepp-Zweckmair

Entschuldigt abwesend:

Schritfführer: Alexander Jank

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Genehmigung der Tagesordnung - Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit
- 3) Anmerkungen zu den letzten Niederschriften
- 4) Veränderungen in den Ausschüssen - Kenntnisnahme
- 5) Anträge des Gemeindevorstandes:
 - 5.1) Tiroler Gemeindeverband - Anhebung des Mitgliedsbeitrages im Zusammenhang mit dem Sanierungsverfahren der GemNova Gruppe
 - 5.2) Car-Sharing - Verordnung
 - 5.3) Festsetzung der Musikschulgebühren
 - 5.4) Subventionsansuchen Tennisklub Wattens 2023
 - 5.5) Verordnung über das Taubenfütterungsverbot
 - 5.6) Verlängerung Pachtverträge von Weideflächen
 - 5.7) Pflege Wattens - Anpassung Heimgebühren 2023
 - 5.8) Ausschreibung Schulhof Volksschule Höralt
 - 5.9) Bestellung von Europa-Gemeinderäten und Europa-Gemeinderätinnen
 - 5.10) Geschäftsverteilung des Gemeinderates gemäß § 30 Abs 2 TGO
- 6) Anträge des Überprüfungsausschusses:
 - 6.1) Bericht Obfrau Überprüfungsausschuss
- 7) Anträge des Technischen Ausschusses:
 - 7.1) Erlassung eines Bebauungsplans und ergänzender Bebauungsplans für die Gst.377/1, 377/8, 377/9, 377/10, 377/11 (Klausnerstraße 1-9)
- 8) Anträge des Sozial-, Familien- und Integrationsausschusses:
 - 8.1) Richtlinie "Freiwillige Weihnachtsaktion 2023"
 - 8.2) Flexibler Mittagstisch für die Volksschule am Kirchplatz
- 9) Anträge des Jugend-, Sport- und Freizeitausschusses:
 - 9.1) Mittelfreigabe für POJAT; Jugendgemeinderat - Start
 - 9.2) Mittelfreigabe für Planung Bewegungspark
- 10) Anträge des Wohnungsausschusses:
 - 10.1) Freie Wohnungen und Mietvertragsverlängerungen

11) Anträge des Personalausschusses:

12) Bericht des Bürgermeisters

13) Anträge, Anfragen und Allfälliges:

Bürgermeister MMag. Lukas Schmied eröffnet die Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die anwesenden Mitglieder, die Besucher, die Vertreter der Presse und die Damen und Herren der Verwaltung. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

- 1) Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bericht:

Bürgermeister MMag. Schmied eröffnet die Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die anwesenden Mitglieder, die Besucher, die Vertreter der Presse und die Damen und Herren der Verwaltung. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

- 2) Genehmigung der Tagesordnung - Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit

Bericht:

Sodann stellt der Bürgermeister den folgenden Antrag um Änderung der Tagesordnung:

Tagesordnungspunkt 10 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

GV Erich Steiner erwähnt, dass dieser Punkt im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung behandelt werden sollte, da dies datenschutzrechtlich laut der Tiroler Gemeindeordnung möglich ist. Weiters sollen die Wattner wissen wer eine Wohnung bekommt.

Der Gemeinderat beschließt mit 4 Gegenstimmen (GV Erich Steiner, GR Mst. Dietmar Hinterreiter, GR Dr. Maria Schaffenrath und GR Valentina Schwanninger) den Tagesordnungspunkt 10 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Tagesordnungspunkt 11 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Tagesordnungspunkt 11 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

3) Anmerkungen zu den letzten Niederschriften

Diskussion:

Erich Steiner führt aus, dass es bei der Sitzung vom 16.6. auf der Seite 8 unter dem Bereich der Abstimmung bei den Gegenstimmen keine Namen angeführt sind. Hier sollte bei wichtigen Abstimmungen die Namen festgehalten werden. Auch beim Protokoll vom 11.05 sind bei Gegenstimmen die Namen nicht festgehalten. Weiters wird erwähnt, dass zumindest die Namen der FPÖ festgehalten werden sollten.

Der Bürgermeister erklärt, dass man hier keine Pauschale machen kann, jedoch kann vor der Abstimmung bekannt gegeben werden, dass man die Namen festhalten möchte.

GR Valentina Schwanninger erklärt, dass beim Protokoll vom 16.06. ein Fehler passiert ist, wurde jedoch bereits mit dem Protokollführer besprochen. Weiters fehlen wesentliche Punkte, jedoch findet ein Termin bei der Amtsleitung zu diesem Thema noch statt.

4) Veränderungen in den Ausschüssen - Kenntnisnahme

Bericht:

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass aufgrund des Ausscheidens von Herrn Robert Lechner und Frau Pia-Maria Mark in der „Bürgermeister Thomas Oberbeirsteiner FÜR Wattens Liste 1“ sich folgende Änderungen ergeben:

Gemeindevorstand	Neues Ersatzmitglied	Reitmeir Karoline
Technischer Ausschuss	Neues Mitglied	Martin Weissenbrunner
Technischer Ausschuss	Neues Ersatzmitglied	Stainer Benjamin
Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss	Neues Mitglied	Daniel Jelemensky
Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss	Neues Ersatzmitglied	Thomas Keiler
Sozial-, Familien- und Integrationsausschuss	Neues Ersatzmitglied	Martin Weissenbrunner
Personalausschuss	Neues Ersatzmitglied	Alexandra Jeller
Überprüfungsausschuss	Neues Mitglied	Alexandra Jeller

5) Anträge des Gemeindevorstandes:

- 5.1) Tiroler Gemeindeverband - Anhebung des Mitgliedsbeitrages im Zusammenhang mit dem Sanierungsverfahren der GemNova Gruppe

Bericht:

Der Bürgermeister erklärt, dass dies ein sehr dynamisches Thema ist, weil immer wieder Unterlagen ergänzt werden oder neu hinzukommen. Jedoch werden diese gleich weitergegeben.

Die GEMNOVA Gruppe stehen fast alle im 100% Eigentum des Tiroler Gemeindeverbandes. Hier sind alle Gemeinden bis auf die Stadtgemeinde Innsbruck Mitglied.

Die Gemeinde Wattens zahlt einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von € 1,35 pro Gemeindeglieder. Der Tiroler Gemeindeverband macht einen wichtigen Job als Interessenvertretung in Richtung Gesetzgebung und Land Tirol und intern werden gewisse Leistungen und Dienstleistungen den Gemeinden angeboten. Das Problem liegt bei der GemNova. Hier hat sich ein Schuldenberg angehäuft, der nun ein Insolvenzverfahren bzw. ein Sanierungsverfahren ausgelöst hat. Die Schulden betragen je nach Herangehensweise zwischen €5 und € 10 Millionen. Es gab den Antrag eines Sanierungsverfahren von 30% der Verbindlichkeiten und das der Betreiber anschließend angepasst fortgeführt wird. Nach der letzten Forderung von 100% hat man sich nun auf eine 80% Quote geeinigt.

Um diese Forderung erfüllen zu müssen braucht es schnell liquide Mittel. Das Vermögen des Tiroler Gemeindeverbandes beläuft sich auf ca. € 1,5 Millionen und eines kleinen Immobilien Vermögens. Das Land Tirol hat sich bereit erklärt unter gewissen Voraussetzungen das Sanierungsverfahren zu unterstützen. Als Miteigentümer muss die Gemeinde Wattens reagieren dies bedeutet, dass beim Tiroler Gemeindeglieder eine Entscheidung getroffen werden muss. Dieser Tag findet am 10.07.23 statt.

Der Präsident hat die Tiroler Gemeinden darum gebeten, um über eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages zu diskutieren und dem Sanierungsverfahren zuzustimmen. Es geht um eine Erhöhung von € 1,35 pro Bürger auf € 3,35 pro Bürger beginnend mit 2023. Jedoch sind dafür keine Budgetmittel vorgesehen.

Heute geht es darum über die Erhöhung eines Mitgliedsbeitrages zuzustimmen oder nicht. Der Bürgermeister wird dann die Gemeinde am Gemeindeglieder vertreten. Er hat sich bereits mit einigen Bürgermeistern beraten und der Tenor war bei nein, man stimmt einer Erhöhung des Beitrages nicht zu, mit allen Konsequenzen jedoch ist der Gemeindeverband ein wichtiges Instrument und erhalten bleiben soll. Auch der Gemeindevorstand ist der Meinung keine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages durchzuführen. Wenn auf Grund des fehlenden Kapitals es zu keiner Sanierung kommt, ist natürlich die Haftungsfrage im Raum. Jedoch sind dies Fragen die Gerichte klären müssen.

Diskussion:

GV Martin Weissenbrunner erklärt, dass man im Vorstand lange über dieses Thema diskutiert hat und dass man hier gut mitgehen kann. Jedoch gibt es eine Frage zur Gläubigerquote. Wie konnte diese hohe Quote zustande kommen.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies eine interessante Frage ist, jedoch wurde diese Quote von den maßgebenden Personen vor Gericht verhandelt.

GV Erich Steiner gibt bekannt, dass er im Vorstand zugestimmt hat auch bei der Gemeinderatsitzung wird er zustimmen, jedoch nicht leicht. Es wurden viele gute Erfahrungen mit der GemNova gemacht.

GR Dr. Maria Schaffenrath erwähnt, dass es oft anders kommt als man damit rechnet. Es wurde in der Vergangenheit schon einmal nachgefragt als die GemNova das erste Mal in den Medien war. Jedoch wurde vom Bürgermeister erklärt, dass dies nicht zum Problem der Gemeinde wird. Weiters ist GR Dr. Maria Schaffenrath dezidiert dagegen, dass die Gemeinden die GemNova sanieren. Weiters wird ergänzt, dass der Personalpool der GemNova die einzige Tochter ist, die eine positive finanzielle Entwicklung hat und die Gemeinde, die dies in Anspruch nimmt, auch zahlt, sind das auch Kosten, die die Gemeinde trägt.

Der Bürgermeister erklärt, dass an der Aussage, dass es zu keinem Problem der Gemeinde wird festhalten wird. Da alle offenen Aufträge abgearbeitet sind und dass man auch marktkonform unterwegs war. Weiters wird erklärt, dass jede Gemeinde ein Teil davon ist.

GR Dr. Maria Schaffenrath, gibt das Risiko für einzelne Gemeinden zum Ausdruck.

Vbgm. Mag. Krämer Martin erklärt, dass er ein großer Befürworter des Tiroler Gemeindeverbandes ist. Die GemNova hätte in ihren Kernkompetenzen bleiben sollen. Jedoch absolut dagegen ist man, dass sich einige Personen ihre Gehälter aus dem Vollen geschöpft haben und dass GAF-Mittel über die GemNova nach Sölden geflossen sind. Weiters braucht es eine komplette Umstrukturierung.

GV Maria Gahr-Vohradsky erklärt, dass die Schulassistenten nicht von der GemNova bezogen werden sondern dies regelt sich die Gemeinde selbst.

GR Christoph Müller erklärt, dass daraus einiges gelernt werden konnte. Jedoch muss man hervorheben, dass die Betreuung der GemNova sehr professionell war.

GV Martin Weissenbrunner erklärt, dass es wegen der Deckelung der 10.000 Einwohner bei einer neuen Strukturierung der GemNova über dies diskutiert werden sollte, da es keine sinnhafte Begründung gibt.

GR Valentina Schwaninger bedankt sich beim Bürgermeister für die Unterlagen Bereitstellung. Weiters erklärt GR Valentina Schwaninger, dass sie einen Dringlichkeitsantrag einbringen möchte, da man hier Gefahr in Verzug sieht.

Der Bürgermeister erklärt das Prozedere über die Möglichkeit einer Antragstellung.

GR Valentina Schwaninger trägt den Antrag dem Gemeinderat vor:

„Zur Vorbereitung auf den Tiroler Gemeindetag am 10.07.2023 hat die AWZ Rechtsanwälte GmbH am 27.06.2023 einen Situationsbericht samt rechtlicher Einschätzung erstellt.

Die daraus resultierenden beiden möglichen Varianten sind:

- 1. Man stimmt dem Sanierungsplan mit 80% - Quote zu und schließt dieses Verfahren ab.*
- 2. Man stimmt einer höheren Quote nicht zu, was zur Insolvenz und damit unweigerlich zu den angedrohten Klagen führen.*

Aus Sicht der Gemeinden und auch der Bürger finde ich die zu erwartenden Mehrkosten und Verpflichtungen durch beide vorgeschlagenen Szenarien untragbar.

Aus diesem Grund stelle ich den Antrag auf Prüfung des Lösungsansatzes Variante 3:

Der Verein Tiroler Gemeindeverband, wie er derzeit besteht, soll als neuer Verein mit den Grundfunktionen gegründet werden. Die Gemeinden entscheiden selbst, ob sie beim neuen Verband dabei sein möchten.

Der bestehende Verband mit seinen Haftungen und Verflechtungen gegenüber der GemNova soll ein Insolvenzverfahren ohne Eigenverwaltung anstreben.

Die GemNova mit ihren Tochtergesellschaften wird – in Abstimmung mit dem Masseverwalter, nicht weitergeführt und bietet somit keine Dienstleistung mehr an.

Die Tiroler Steuerzahler zahlen über diverse Zuschüsse und Unterstützungen über Land und Gemeinde die Konkursabwicklung, aber damit nicht mehr ewig weiter für zu günstige, nicht kostendeckende Strukturen.

Die Gemeinden müssen ihre Aufgaben selbst oder über Kooperationen durch den neuen Gemeindeverband 2.0 organisieren. Ergänzend hierzu könnten die bestehenden noch nicht insolventen Tochtergesellschaften durch den „Gemeindeverband 2.0“ übernommen werde. Dies würde auch das Risiko aus den Klagen, aufgrund einer möglichen Einlagenrückgewähr zumindest aus dieser Sphäre herausnehmen und gleichzeitig könnten die Dienstleistungen – wenn auch vermutlich zukünftig trotzdem mit Mehrkosten für die Gemeinden – weiterhin in Anspruch genommen werden.

Die Entscheidungsträger, die die aktuelle Situation zu verantworten haben, werden zur politischen und aufgrund der Insolvenzverschleppung auch wirtschaftlichen Verantwortung gezogen.“

Der Bürgermeister erklärt, dass es nur deswegen noch Tochtergesellschaften gibt, die nicht insolvent sind, weil noch kein Verfahren eröffnet ist. Vorsichtig soll man bei der Formulierung sein „zukünftig trotzdem mit Mehrkosten für die Gemeinden – weiterhin in Anspruch genommen werden“. Da steckt ein wenig drin, dass man Leistungen zu günstig angenommen hat. Jedoch hat man die Leistungen bezahlt und zu Marktkonformen Preisen angenommen. Abschließend wird erklärt, dass man in diesem Gremium nicht dar-

über abstimmen kann, was man beschließen könnte, wäre ein Austritt aus dem Gemeindeverband.

GR Valentina Schwaninger zieht den Antrag zurück. Anschließend fragt GR Valentina Schwanninger an, ob man eine Information bekommt sobald der Tiroler Gemeinderat getagt hat.

Der Bürgermeister erklärt, dass er so schnell wie möglich die Informationen an alle Gemeinderäte weitergibt.

GV Erich Steiner fragt an, ob der Bürgermeister weiß wie viele Gemeinden diese Erhöhung auch nicht mittragen.

Der Bürgermeister erklärt, dass er mit einigen Bürgermeistern darüber gesprochen hat, jedoch nicht mit allen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass der Mitgliedsbeitrag unverändert bei € 1,35 pro Einwohner und Jahr bleibt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

5.2) Car-Sharing - Verordnung

Bericht:

Der Bürgermeister berichtet wie folgt:

Aufgrund der Verschmutzung des Fahrzeuges auf dem alten Standort, wurde als Standort für das Car-Sharing Angebot ein neuer Standort gewählt.

Daher muss eine neue Verordnung des Gemeinderates erlassen werden.

Verordnung des Gemeinderates der Marktgemeinde Wattens vom 04.07.2023

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wattens hat in der Sitzung am 04.07.2023 einstimmig beschlossen, gem. §§ 94 d Zif. 4 und 43 (1) StVO 1960 BGBl. Nr. 159/1960 i.d.g.F., nachstehende Verordnung zu erlassen:

Im Zuge der Initiative „Carsharing Wattens“ wird in der Egger-Lienz-Straße folgendes verfügt:

Auf dem mittleren Parkplatz nördlich der Marienkirche wird auf dem ersten westlich gelegenen Parkplatz ein „Halten und Parken verboten“ verfügt.

Vom Verbot ausgenommen wird ein Elektrofahrzeug mit der Aufschrift „floMobil“

Die Verordnung tritt mit Anbringung der Verkehrszeichen gem. § 52 a Zif. 13 b StVO „Halten und Parken verboten“ und einer Zusatztafel gem. § 54 Abs. 5 lit. m StVO mit dem Zusatztext „Elektrofahrzeug floMobil“ in Kraft.

Die Verordnung vom 15.05.2023, AZ: A/1252/2023, D/17775/2023, wird hiermit aufgehoben.

Diskussion:

GR Dr. Maria Schaffenrath fragt nach, ob die grüne Tafel auch übersiedelt wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Tafel am aktuellen Platz bleibt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Car-Sharing – Verordnung.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja. 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

5.3) Festsetzung der Musikschulgebühren

Bericht:

Der Bürgermeister berichtet:

Die Marktgemeinde Wattens hat sich immer an die Gebühren der Schulgeldordnung angelehnt und diese passen die Gebühren nur alle zwei Jahre an. Dem entsprechend würde für das Jahr 2023/24 die Gebühren unverändert belassen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Gebühren für das Schuljahr 2023/24 unverändert zu belassen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja. 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

5.4) Subventionsansuchen Tennisklub Wattens 2023

Bericht:

Der Bürgermeister erklärt, dass der Verein ein Subventionsansuchen gestellt hat. Bei diesem Schreiben führt der Verein seine Tätigkeit auf und auch welche Investitionen der Verein geleistet hat. Weiters wird erklärt, es wurden Investitionen in der Höhe von € 86.000,- geleistet und laufende Belastungen in der Höhe von € 41.000,-. Daher gibt es die bitte um eine erhöhte Subvention für das Jahr 2023 von € 40.000,-. Es gab ein Gespräch mit dem Obmann. Im Budget sind € 20.000,- darin ist eine Rückzahlung inkludiert. Der Gemeindevorstand hat beraten € 20.000,- zu subventionieren und in einem Schreiben auf die Möglichkeit einer außerordentlichen Subvention hinzuweisen.

Diskussion:

GV Erich Steiner erklärt, es wurde ausführlich im Gemeindevorstand diskutiert. Jedoch gibt es die Möglichkeit einer künftigen außerordentlichen Subvention zu leisten.

GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass sie mit den € 20.000,- einverstanden ist. Jedoch geht es aus dem Aktenvermerk nicht klar hervor. Der Tennisklub hat durch sein Engagement und durch außerordentliche Eigenleistung viel für die Kinder- und Jugendarbeit gemacht.

Der Bürgermeister sieht dies ähnlich da man bereits im letzten Jahr mit einer Subvention von € 90.000,- den Verein unterstützt hat.

GR Dr. Maria Schaffenrath fügt an, dass es gut wäre den Vereinen möglichst bald die möglichen Kriterien, die sie zu erfüllen haben zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Arbeitsgruppe schon dabei ist und es auch das Ziel ist es bis in den Herbst auf die Ebene des Gemeinderates zu bringen.

GV Martin Weissenbrunner gibt bekannt, dass diese Variante in Ordnung geht, jedoch muss der Tennisverein die Information bekommen, dass es die Möglichkeit gibt eine außerordentliche Subvention zu beantragen.

GR DI. Christoph Müller würde sich eine detaillierte Aufschlüsselung wünschen. Weiters möchte GR Christoph Müller wissen, wie das Vorgehen bei der Flutlichtanlage war.

GV Maria Gahr-Vohradsky erklärt, dass es klare Richtlinien gibt. Die Blendungen können gemessen werden und diese Werte waren klar überschritten. Nun ist es aktuell in Ordnung, jedoch kann man dies erst im Herbst dann genau sagen. Weiters wird ergänzt, dass es wichtig ist, Richtlinien für Vereine, zu erlassen, um diese gleich zu behandeln.

GV Martin Weissenbrunner erklärt, dass vor zwei Jahren die Sommergebühren angehoben wurden, um den Kindern das Spielen zu ermöglichen und im heurigen Winter wurden nochmals deutliche Erhöhungen gemacht um die Energiekosten abzufedern.

GV Maria Gahr-Vohradsky erklärt, dass dafür auch die Saison verlängert wurde.

GV Wilhelm Greuter erklärt, dass er dafür ist den Verein zu unterstützen. Man darf nicht vergessen, dass es viele Menschen gibt, die in ihrer Freizeit viel erledigen.

Der Gemeinderat beschließt die Subvention von € 20.000.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

5.5) Verordnung über das Taubenfütterungsverbot

Bericht:

Der Bürgermeister trägt vor:

Aufgrund gehäufter Beschwerden von BürgerInnen beim Bürgermeister, teilweise mit Fotodokumentationen, wurde ein Entwurf für eine Ortspolizeiliche Verordnung betreffend einem Taubenfütterungsverbot erstellt. Er verweist dazu auf die Unterlagen in Sessionnet und geht auf die Bestimmungen der Verordnung ein.

Diskussion:

GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass sie dafür ist, da man um die Konsequenzen weiß. Jedoch ist aufgefallen, dass auch die Raben öffentlich gefüttert werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass es noch mehr Möglichkeiten gibt, jedoch sollte man mit dem Taubenfütterungsverbot starten.

GR Karoline Reitmeir fragt nach wer dies kontrolliert.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies die Gemeindepolizei kontrollieren kann.

Antrag und Beschluss:

Verordnung über das Taubenfütterungsverbot

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wattens hat mit Beschluss vom 06.07.2023 gemäß § 18 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 (TGO), LGBl. Nr. 36/2001 idF LGBl. Nr. 62/2022, folgendes Verbot zur Abwehr unmittelbar zu erwartender bzw. zur Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störende Missstände zur Hintanhaltung der weiteren Zuwanderung und Vermehrung von Haustauben *Columba livia f. domestica* beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten für das gesamte Gemeindegebiet der Marktgemeinde Wattens.

§ 2 Taubenfütterungsverbot

Das Ausstreuen von Futter jeglicher Art für Haustauben ist zur Vermeidung ihrer weiteren Zuwanderung und Vermehrung auf bzw. in öffentlichen Straßen, Plätzen oder Anlagen ausnahmslos verboten.

§ 3 Strafbestimmungen

Wer den Bestimmungen dieser ortspolizeilichen Verordnung zuwiderhandelt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu € 2.000,-- zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages des Anschlages an der Amtstafel der Marktgemeinde Wattens in Kraft.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja. 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

Der Gemeinderat beschließt die Verordnung einstimmig.

5.6) Verlängerung Pachtverträge von Weideflächen

Bericht:

Der Bürgermeister erklärt, dass es hier um das Grundstück beim Lager Walchen geht (813/2). Nun hat Bio-Bergbauer Johann Geißler angesucht sein Pachtverhältnis zu verlängern. Weiters gibt es ein Ansuchen der Familie Wildauer. Des Weiteren gab es auch Gespräche mit dem Tüpl Kommandanten da es auch von Seiten des Militärs Interesse gibt, diese Fläche zu nutzen.

Nach Diskussionen im Gemeindevorstand ist man zum Schluss gekommen diese Fläche ein weiteres Jahr an den Wattenberger Bio-Bergbauern Johann Geißler die Fläche zu verpachten. Das Bundesheer hat auch kein Problem, wenn die Fläche wieder ordentlich bewirtschaftet wird.

Diskussion:

GV Erich Steiner stimmt dem Vorschlag zu, jedoch wird die Meinung aus dem Gemeindevorstand ergänzt, dass es schon in der Vergangenheit Interesse von Seiten des Bundesheers gegeben hat. Jedoch würde GV Erich Steiner nie damit einverstanden sein, wenn man die Fläche verkauft.

GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass für die Verpachtung dieses Gemeindegrundes die gleichen Richtlinien gelten sollen wie für andere Gründe der Gemeinde. Jedoch gibt es diesbezüglich noch einen offenen Antrag. Weiters wird bekannt gegeben, dass man sich bereits darauf verständigt hat, dass Bauern aus Wattens der Vorzug gegeben wird neben anderen Kriterien. Weiters wird ergänzt, dass man für die Verlängerung des Pachtvertrages um ein Jahr zugestimmt werden kann, jedoch müsste im Anschluss diese Fläche ausgeschrieben werden wie jede andere. Abschließend wird erklärt, dass man niemanden etwas unterstellen möchte, jedoch wird erwähnt Flächen anzumieten, jemanden anderen zur Verfügung zu stellen, um zu Fördermittel zu kommen, als einen nicht gebaren Weg bezeichnet wurde.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Fläche nicht öffentlich ausgeschrieben ist, jedoch ist es auch kein Geheimnis, dass die Gemeinde dieses Grundstück hat und ausschreibt.

GV Wilhelm Greuter erklärt, dass die Wattner Bauern grundsätzlich wissen sollten, dass es diese Flächen gibt und sich auch bewerben können.

Ortsvorsteher Egger Martin erklärt, dass er mit der Vorgehensweise einverstanden ist.

GV Martin Weissenbrunner fragt nach, ob das Militär diese Fläche nicht auch immer wieder nutzt. Wird dann dadurch auch eine Pacht an den Bauern gezahlt.

Der Bürgermeister erklärt, dass darüber auch mit dem Oberst gesprochen wurde. Dabei gab es keine Themen oder Konflikte, über die man mit den beteiligten sprechen müsste.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die genannte Fläche an den Bauern Johann Geißler bis zum 31.12.2024 zu verpachten.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

5.7)

Pflege Wattens - Anpassung Heimgebühren
2023

Bericht:

Der Bürgermeister berichtet:

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 28.03.2023 der Verrechnung der Tagsätze für die Wohn- und Pflegeheim der Marktgemeinde Wattens (Haus Salurn und Haus am Kirchfeld) zugestimmt.

Es wird daher beantragt, die Bewohner-/Betreuungs- und Pflegegebühren rückwirkend ab 01.01.2023 laut Vorgabe der Tiroler Landesregierung wie folgt zu erhöhen:

Bewohnergebühren	Ab 1.1.2023 täglich	Ab 1.1.2023 monatlich
Haus Salurn und Haus am Kirchfeld		
Pflegestufe 0	64,80	1.944,00
Pflegestufe 1	85,05	2.551,50
Pflegestufe 2	101,24	3037,20
Pflegegebühren	zzgl. 10 % MwSt.	zzgl. 10 % MwSt.
Haus Salurn und Haus am Kirchfeld		
Pflegestufe 3	126,34	3790,20
Pflegestufe 4	151,45	4543,50
Pflegestufe 5	170,07	5102,10
Pflegestufe 6	186,27	5588,10
Pflegestufe 7	194,37	5831,10
Kurzzeitpflege		
	Ab 1.1.2023 täglich zzgl. 10 % MwSt.	
Pflegestufe 3 (=Minimum)	138,98	
Pflegestufe 4	166,59	
Pflegestufe 5	187,08	
Pflegestufe 6	204,90	
Pflegestufe 7	213,80	

Der Gemeinderat beschließt unter Abwesenheit von GR Martin Weissenbrunner die Anhebung der Gebühren wie vorgetragen für rückwirkend ab 01.01.2023.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 18

Nein: 0

Enthaltung: 0

5.8) Ausschreibung Schulhof Volksschule Höralt

Bericht:

Der Bürgermeister berichtet, dass im Zuge der Veränderung an der Schule auch der Schulhof sich verändert hat. Da sich auch das Klima in den letzten Jahren verändert hat und es eine starke Hitzeentwicklung am Schulhof gibt wurde die Bitte formuliert und auch

im Budget berücksichtig dies zu adaptieren. Das Budget beträgt € 85.000,-. Der Ausschuss hat sich mit diesem Thema befasst und eine Ausschreibung veranlasst, wo es darum geht, eine partizipative Schulhofplanung zu initiieren wo es darum geht mit den Schülern und Pädagoginnen den Schulhof zu planen. Es wurden drei Unternehmen angeschrieben von einem dieser Unternehmen wurde ein Angebot erstellt die anderen haben abgelehnt.

Der Vorschlag ist dem Unternehmen Naturgartenplan aus Thaur den Auftrag zur Planung und Durchführung zu erteilen. Der Angebotsbetrag beläuft sich auf € 29.155,20 inklusive Mehrwertsteuer.

Diskussion:

GV Martin Weissenbrunner erklärt, dass er mehrere Probleme mit dem Antrag hat. Im Ausschuss wurde es noch nicht fertig behandelt. Die Ausschreibung für die Angebote wurde erst vor kurzen erstellt. Deswegen ist es auch sehr verständlich, dass nur ein Angebot vorliegt. Es gibt keinen Vergleich. Nun spricht man von einem Schulhof der 2016 errichtet wurde. Es ist unumstritten, dass man etwas machen muss. Es wurden jedoch damals die Betroffenen eingebunden und es fanden Gespräche statt. Vor allem ist es schwierig, dass die Planungskosten ca. ein Drittel des Gesamtbudget ausmachen. Dieses Angebot gehört nachverhandelt da man verlangt hat den gesamten Platz zu planen, jedoch würde es dies nicht brauchen.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Ausschuss vorberaten hat, jedoch wurde es auf die Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt, da dieses Thema eine Querschnittsmaterie ist. Dadurch macht es Sinn im Gemeindevorstand und Gemeinderat zu besprechen. Weiters sind die Kosten der Planung auch etwaige partizipative Prozesse dabei.

GV Martin Weissenbrunner erklärt, dass man den Pädagoginnen es schon zutrauen kann, dass sie dies mit den Kindern schaffen.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich sehr viel entwickelt hat, im Bericht Klima und Alltagsstauglichkeit. Am besten investiert man Dinge bei der Beteiligung.

GR Dr. Maria Schaffenrath hält den Betrag in Anbetracht des Budgets für zu hoch. Weiters traut GR Dr. Maria Schaffenrath den Pädagoginnen zu, im Zuge des Unterrichtes mit den Kindern zu erarbeiten. Man spricht von einer Beschattung, dass sich das Gebäude nicht unnötig erwärmt, ist klar. Jedoch spricht man von einer großen Pause die 20 min dauert, braucht es nicht eine große Investition. Weiters ist unmittelbar der Naturpark. Es gibt andere sehr dringliche Anliegen. Wie z.B. Eislaufplatz den sollte dort die Gesundheitspolizei vorbeischaun, dann sperren sie dieses Gebäude sowieso zu. Abschließend wird erklärt, dass an jeder Ecke in Wattens Bäume gepflanzt werden. Wattens hat genug grüne Flächen und man lebt nicht in einer Großstadt inmitten einer Betonwüste.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Land Tirol nimmt mit den Tirol Kliniken viel Geld in die Hand um über die Hitze Gefahr aufzuklären. Die Dinge, die jetzt gemacht werden, sind wichtig für die Zukunft denn sie werden uns Geld sparen und im Areal Volksschule Höralt ist mit Hort und Sommerbetreuung eine Ganzjährigkeit gegeben.

Es folgt eine kurze Diskussion.

GR DI. Christoph Müller erklärt, dass es viel Geld ist, aber es braucht ein gutes Konzept.

GV Maria Gahr-Vohradsky berichtet, dass letzte Woche der Vortrag in Volders von der Klimasituation war. Dieser Prozess im Volksschulbereich ist eine große Chance. Leider gibt es nicht mehr Angebote für einen Preisvergleich. Jedoch braucht es Experten.

Vbgm Robert Peer erklärt, dass man diesen Antrag nicht zustimmen wird. Jedoch braucht es eine Beschattung. Weiters ist es ungewöhnlich, wenn gesprochen wird das Lehrer nicht mitreden konnten, es aber dann anders war.

GV Wilhelm Greuter erklärt, dass auf Augenhöhe diskutiert werden muss. Es braucht eine Beschattung. Es braucht auch Experten, die etwas erarbeiten. Die Begleitung ist wich-

tig. Weiters gibt es eine Nachmittagsbetreuung und die sind so gut wie die ganze Zeit auf dem Platz.

GR Alexander Erler Ba, trägt vor: Unsere Bienen brauchen Lebensraum, Wiesen und Blumen, doch die gibt es kaum. Keine Zeit sagen die Großen und legen einen Garten aus Steinen an. Das haben die Volksschulkinder heute gesungen. Es ist erstaunlich, dass man viel Geld in die Volksschule am Kirchplatz investiert und in der Volksschule im Höralt nichts. Das Günstigste wäre es gewesen den alten Platz zu belassen, wie er war. Laut Auskunft von zwei Lehrpersonen war die Volksschule nicht stark bei der Planung eingebunden. Dies sollte man aufarbeiten. Die Wahrheit liegt meistens in der Mitte. Wie kam es zu diesem Budget. GR Alexander Erler erklärt die Möglichkeit beim Sonnensegel. Die Zukunft wird immer komplexer. Weiters führt GR Alexander Erler aus, dass dies Frau GR Dr. Maria Schaffenrath wahrscheinlich nicht mehr erleben wird. Da die Kinder, die heute in der Volksschule sind, werden mit 65 Jahren einen globalen Temperaturanstieg von 2,5 ° erleben. Das bedeutet, dass im Jahr 2070 viele Menschen auf der Welt betroffen sind. Der Baum ist die günstigste Klimaanlage. Weiters gibt es einiges an Förderungen und hier auch die Bitte an die Verwaltung alle Hebel zu ziehen.

GR Valentina Schwaninger erklärt, dass sie aus dem Elementarpädagogischen Bereich kommt. Es wurde immer zuerst alles im Team besprochen und erst dann wurde etwas umgesetzt. Es gibt das Unternehmen „Archipäd“. Die arbeiten mit Pädagogen gemeinsam an Ideen und Lösungen. Weiters wird ergänzt, dass wenn 2016 Lehrpersonen gefragt wurden und nun sagen sie, nein sie wurden nicht gefragt. Es gibt eine hohe Frauen Quote, die in Karenz sind und nun ist es möglich, dass es hier einen größeren Wechsel gibt, die damals noch nicht dabei waren. Eventuell soll man noch die Zeit etwas verlängern da nun auch die Sommerpause ist. Auch in den kleinen Grünflächen gibt es viele Möglichkeit.

Der Bürgermeister erklärt, dass er schon im Vorfeld Gespräche geführt hat.

GR Vogl Martin erklärt, dass die Beteiligung sehr wichtig ist.

GR Mst. Dietmar Hinterreiter erklärt, Beschattung ja, jedoch nicht zu diesem Planungspreis. Eventuell die Ausschreibung noch einmal neugestalten.

GR Martin Schrott erklärt, dass wenn man es macht, man es anständig erledigt. Es wird sehr viel im freien unterrichtet und es braucht eine professionelle Unterstützung.

GV Erich Steiner erklärt, dass es heute bei GR Alexander Eler zwei Ausreißer gegeben hat. Zum Einen, dass es als Lüge bezeichnet wird, wenn jemand sagt er war nicht beteiligt. Weiters wird ergänzt es war vom gesamten Schulkörper ein Wunsch. Weiters wird erklärt, dass es zu weit ging GR Maria Schaffenrath zu beleidigen.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Wort Lüge vom Vbgm. Robert Peer gefallen ist und nicht von GR Alexander Eler. Weiters war der Bürgermeister kurz davor einzuschreiten, jedoch unter der Betrachtung des Klimas und worum es geht, wird die Aussage auch für einen selbst gelten. Denn zum Zeitpunkt 2070 oder 2080 wird es die Kinder treffen die aktuell in die Volksschule gehen. Abschließend wird erklärt, dass es um das Jetzt und die Zukunft geht.

GR Valentin Schwaninger erklärt, dass sie für die Beschattung ist, egal wie sie später aussieht. Das Vorhandene ist auch im Herbst vorhanden und darüber sollen Sie sich Gedanken machen dürfen.

GR Dr. Maria Schaffenrath möchte auch etwas richtigstellen. Da von GV Wilhelm Greuter der Einwand des Zeitfaktors gekommen ist. Dies ist richtig da die Bürokratie immer mehr geworden ist. Jedoch wurde gemeint, dass sich kleiner Projekte auch im Rahmen des Unterrichtes abwickeln lassen. Auch bei der Altersfrage war man im zweiten Moment entspannt, weil es gleich um das Jahr 2060 gegangen ist.

GR Alexander Jeller spricht sich für eine Beschattung aus. Jedoch ob es so teuer sein muss, ist fraglich.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich die Vergabe an die Firma Naturgarten mit 9 Enthaltungen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 10

Nein: 0

Enthaltung: 9

5.9) Bestellung von Europa-Gemeinderäten und Europa-Gemeinderätinnen

Bericht:

Der Bürgermeister erklärt, dass GR Mst. Dietmar Hinterreiter dieses Thema aus einer Brüssel Reise mitgebracht hat. Ein Europa-Gemeinderat wird vom Bürgermeister nominiert und verpflichtet sich auf Europaebene zu engagieren. Weiters hat sich Herr Haris Alibabic und der Bürgermeister bereit erklärt dies zu machen. Es gibt auch die Möglichkeit jederzeit noch nachzunominieren.

Diskussion:

GR Mst. Dietmar Hinterreiter erklärt, dass er mit der zuständigen Person gesprochen hat. Weiters ist im Land auch jemand für Fragen zuständig.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die genannten Personen zu nominieren.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

5.10) Geschäftsverteilung des Gemeinderates gemäß § 30 Abs 2 TGO

Bericht:

Der Bürgermeister trägt vor:

Der vorliegende Entwurf wurde in der letzten Sitzung des Gemeindevorstandes nochmals vorberaten und intensiv diskutiert. Der heute vorliegende Entwurf wurde mehrheitlich vom Gemeindevorstand empfohlen. Der Hauptgrund für die fehlende Zustimmung war die Übertragung der Begründung und Beendigung von Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, deren Dauer sechs Monate übersteigt.

Er hat sich bei vielen anderen Gemeinden informiert, die Personalagenden werden fast überall an den Vorstand oder Stadtrat übertragen.

Diskussion:

Weiters erklärt der Bürgermeister, dass gerade im Gemeindevorstand man schnell reagieren kann im Bereich des Personals, denn dort kann man Umlaufbeschlüsse erledigen. GR Dr. Maria Schaffenrath hat eine Stellungnahme abgegeben, die die Erwähnung der besonderen Ausschüsse betrifft. Dies wurde eingearbeitet. Bezüglich Personal hat GR Dr. Maria Schaffenrath einen anderen Vorschlag formuliert.

GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass immer noch das Thema wie Bildungskarenz was in der Vergangenheit immer wieder ein Thema war, noch offen ist. Weiters gibt es zu Punkt b „den Erwerb, die Veräußerung, die Belastung von Liegenschaften und der Abschluss von Bestandsverträgen bis zu einem Betrag von € 100.000,- im Einzelfalle“ eine Frage. Bei dem Wort Bestandsverträge handelt es sich um Miet- und Pachtverträge. Was versteht der Gemeindevorstand bzw. der Bürgermeister unter den Begriff Bestandsverträge von unter € 100.000,- im Einzelfall. Weiters wird bekannt gegeben die zweite Frage betrifft den Punkt c „die Verwirklichung und Finanzierung außerordentlicher Vorhaben gemäß § 82 TGO bis zu einem Betrag von € 50.000,- im Einzelfalle“ hier ergibt sich die Frage, was sind außerordentliche Vorhaben. Sind außerordentliche Vorhaben im Budget verankert und bittet um ein Beispiel. Abschließend wird noch bei Punkt e „die Bewilligung von Ausgaben, die im Voranschlag nicht vorgesehen sind oder die dessen Ansätze übersteigen, bis zu einem Betrag von € 30.000,- im Einzelfalle“ nachgefragt. Es wird ein Beispiel erwähnt: Sollte der Schulhof nicht im Budget vorgesehen sein und würde die Sanie-

zung bei dem Budget von € 86.000,- überschreiten, dann betrifft dies den Gemeindevorstand.

Der Bürgermeister erklärt bei Punkt b: Dieser Punkt betrifft Liegenschaften und würde bei Miete, Pacht etc. zur Anwendung kommen.

GR Dr. Maria Schaffenrath fragt nach, dass ein Pachtvertrag dann nicht mehr im Gemeinderat behandelt wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies stimmt. Weiters erklärt der Bürgermeister, dass die Vergabe von Gemeindewohnungen dabei ganz klar außen vor sind. Diese werden weiterhin im Gemeinderat behandelt.

GR Dr. Maria Schaffenrath hält fest, dass dies dann Pachtverträge und Mietverträge von Lokalen und dergleichen betrifft und deswegen kann GR Dr. Maria Schaffenrath nicht zustimmen.

Der Bürgermeister bittet den Finanzverwalter die Frage zu Punkt c von GR Dr. Maria Schaffenrath zu beantworten.

Der Finanzverwalter erklärt, dass es früher einen Ordentlichen und einen Außerordentlichen Haushalt gegeben hat. Mit der VAV ist die Bezeichnung Außerordentlicher Haushalt gefallen. Es gibt nur noch den Haushalt. Dem Land Tirol hat es nicht gefallen, dass die außerordentlichen Projekte nicht mehr so klar hervorgehen. Deswegen hat das Land Tirol in der TGO verankert, dass man Vorhaben separat im sogenannten Investitionsnachweis gesondert gekennzeichnet wird. Dabei wurde in der Geschäftsverteilung das Wort außerordentlich als das Beschreibende Wort beibehalten. Es ändert nichts an der Sache. Jedes Vorhaben hat einen eigenen Ansatz. Der Punkt e grenzt den Punkt c ein.

Der Bürgermeister erklärt, zu Punkt e wenn etwas unterschritten wird. Dies trifft aus Sicht des Bürgermeisters nicht zu. Sondern es geht nur um Dinge, die nicht vorgesehen waren und alles was mehr als €30.000,- ist, muss im Gemeinderat besprochen werden.

GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass es in der Frage konkret darum gegangen ist, sollte beim Thema Beschattung mit dem Budget von € 85.000,- nicht ausgehen, könnte der Gemeindevorstand bis € 30.000,- über der Summe der Gemeindevorstand entscheiden.

Der Finanzverwalter erklärt, bis zu einer Übersteigerung von € 30.000,- könnte der Gemeindevorstand entscheiden.

GR Dr. Maria Schaffenrath geht noch einmal auf die Bestandsverträge ein. Mit den Worten ja das haben wir so verstanden sollte kein Papier begründet werden der die Zusammenarbeit zwischen Gemeindevorstand und Gemeinderat regelt. Hier sollte kein Interpretationsspielraum sein. Auch das Wort außergewöhnliches Vorhaben, sollte wegfallen, da in der TGO klare Regeln stehen. Aus aktueller Sicht wirkt dieser Vorschlag als nicht Beschluss fähig.

Vbgm. Mag. Martin Krämer erklärt, dass gerade im Personalbereich man sehr froh ist über jede Expertise, die mitgeteilt wird. Die Bildungskarenz ist eine gesetzliche Möglichkeit die Mütter ausschöpfen können, jedoch das AMS erst genehmigen muss. Der größere Teil ist Anstellungen und Kündigungen. Jedoch gerade im Bereich Anstellungen ist ein großes Vertrauen gegenüber der Amtsleiterin gegeben und der Fachabteilungen. Das Geschäftsleben hat sich schnell entwickelt und es mussten viele rückwirkend angestellt werden. Im Gemeindevorstand können gewisse Entscheidungen im Umlaufbeschluss entschieden werden. Da man sehr flexibel ist.

GV Erich Steiner erklärt, dass er bei Punkt a und beim Personal einige Probleme hat. Weiters gibt GV Erich Steiner, Vbgm. Martin Krämer bei einigen Punkten recht. Jedoch bei Neuausstellung von Dienstverträgen sollte im Gemeinderat entschieden werden. Aufgrund dessen kann GV Erich Steiner nicht zustimmen.

GV Maria Gahr-Vohradsky erklärt, dass sich die Fraktion FPÖ sehr sinnvoll aufgeteilt hat. Theoretisch sind 16 Gemeinderäte über die Fraktion oder Liste im Gemeindevorstand

vertreten. Es wurde auf Anfrage bestätigt, bis man im Gemeinderat eine Sitzung hat, hat die Person in der Pflege schon drei andere Angebote.

GV Erich Steiner erklärt, dass es nur um die 100% Anstellungen geht und auch um die Auflösungen. Es ist unverständlich, warum derartige Entscheidungen nicht im Gemeinderat getroffen werden.

Der Bürgermeister wiederholt kurz das gesagte.

GR Dr. Maria Schaffenrath bittet auch die anderen Gemeinderäte sich dies durch den Kopf gehen zu lassen, da in Zukunft bei Pachtverträgen der Gemeinderat nicht mehr entscheidet.

Antrag und Beschluss:

Geschäftsverteilung des Gemeinderates

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wattens hat in seiner Sitzung am 06.07.2023 aufgrund der §§ 30 Abs. 2 und 95 Abs. 4 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 (TGO), LGBl. Nr. 36/2001 idF LGBl. Nr. 62/2022, folgende Geschäftsverteilung beschlossen:

§ 1

Übertragung von Aufgaben an den Gemeindevorstand

- (1) Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wattens überträgt dem Gemeindevorstand gemäß § 30 Abs 2 TGO aus Gründen der Arbeitsvereinfachung und Raschheit die Beschlussfassung hinsichtlich folgender Angelegenheiten:
 - a) die Begründung oder Beendigung von Dienst-, Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, deren Dauer sechs Monate übersteigt;
 - b) den Erwerb, die Veräußerung, die Belastung von Liegenschaften und der Abschluss von Bestandsverträgen bis zu einem Betrag von € 100.000,- im Einzelfalle;
 - c) die Verwirklichung und Finanzierung außerordentlicher Vorhaben gemäß § 82 TGO bis zu einem Betrag von € 50.000,- im Einzelfalle;
 - d) die Gewährung von verlorenen Zuschüssen bis zu einem Betrag von € 10.000,- im Einzelfalle;
 - e) die Bewilligung von Ausgaben, die im Voranschlag nicht vorgesehen sind oder die dessen Ansätze übersteigen, bis zu einem Betrag von € 30.000,- im Einzelfalle;

- (2) Die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes zur Vorberatung und Antragstellung in allen der Beschlussfassung durch den Gemeinderat unterliegenden Angelegenheiten, soweit hierfür nicht besondere Ausschüsse eingerichtet sind, wird dadurch nicht berührt.

§ 2

Übertragung von Aufgaben an den Bürgermeister

Dem Bürgermeister wird die Erlassung folgender Verordnungen nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960, BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/2022, übertragen:

1. Beschränkungen für das Halten und Parken (§§ 43 Abs. 1 lit. b Z 1, 52 Z 13a und 13b, 94d Z 4 lit. a StVO 1960) sowie Geschwindigkeitsbegrenzungen (§§ 43 Abs. 1 lit. b Z 1, 52 Z 10a und 10b, 94d Z 4 lit. d StVO 1960) im Zusammenhang mit
 - a) der Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und von Märkten,
 - b) der Benützung von Straßen zu verkehrsfremden Zwecken gemäß § 82 StVO 1960 sowie
 - c) Umzügen, Versammlungen, Prozessionen udgl. nach § 86 StVO 1960.
2. Erforderliche Verkehrsverbote und Verkehrsbeschränkungen im Zusammenhang mit Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß §§ 90 und 94d Z 16 StVO 1960.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Geschäftsverteilung tritt mit Ablauf des Tages des Anchlages an der Amtstafel der Marktgemeinde Wattens in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Geschäftsverteilung der Marktgemeinde Wattens vom 07.12.1983 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 11

Nein: 4

Enthaltung: 4

Die Geschäftsverteilung wird mehrheitlich beschlossen.

6) Anträge des Überprüfungsausschusses:

6.1) Bericht Obfrau Überprüfungsausschuss

Bericht:

Die Obfrau berichtet wie folgt:

GR Dr. Maria Schaffenrath war bei der letzten Sitzung des Überprüfungsausschusses entschuldigt abwesend. Im Rahmen dieser Sitzung wurde GR Dr. Maria Schaffenrath als Nachfolgerin von Robert Lechner als Obfrau gewählt. Stellvertreter bleibt GR Mst. Dietmar Hinterreiter.

Weiters wurden vom Ausschuss die tatsächlichen Kassenbestände (Barbestand, die Kassen von Meldeamt und Gemeindepolizei, verschiedene Bankkonten und Sparbücher) geprüft. Der Kassenstand betrug zum 26.06.2023 € 13.933.617,39.

Die Übereinstimmung zwischen dem tatsächlichen und gebuchten Geldbestand ist gegeben. Es wurden keine Abweichungen festgestellt.

Weiters wurden die Buchungen und Belege auf Richtigkeit und Vollständigkeit sowie Rechtzeitigkeit und Einhaltung der Ansätze des Voranschlages geprüft. Auch hier gab es keine Abweichungen.

Die nächste Kassaprüfung wird Ende September vorgenommen.

Abschließend wird festgehalten, dass die Aufgabe des Überprüfungsausschusses ist, die Verwendung von öffentlichen Geldern auf ihre Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Eine regelmäßige Kontrolle hilft einerseits Fehler zu vermeiden und stellt andererseits auch eine Grundlage für künftige politische Entscheidungen dar. Auf Vorschlag von GR Mst. Dietmar Hinterreiter und auch schon im Gemeinderat angesprochen steht eine Prüfung der Kosten-Nutzenrelation der Parkraumbewirtschaftung Schwimmbad im Raum.

Weiters gibt GR Dr. Maria Schaffenrath bekannt, dass sie gemeinsam mit allen Mitgliedern des Überprüfungsausschusses sehr bemüht ist diese wichtige Aufgabe gut zu erfüllen.

7) Anträge des Technischen Ausschusses:

- 7.1) Erlassung eines Bebauungsplans und ergänzender Bebauungsplans für die Gst.377/1, 377/8, 377/9, 377/10, 377/11 (Klausnerstraße 1-9)

Bericht:

Der Obmann trägt den Aktenvermerk wie folgt vor:

Beim Wohnhaus Klausner Straße 9 auf Gst 377/1 ist eine Aufstockung des Reihenhauses um ein zusätzliches Geschöß geplant. Die Erschließung des dritten Geschößes ist an der Nordfassade des vorliegenden Randgrundstückes vorgesehen. Für die übrigen Gebäude ist der Ausbau des Dachgeschößes als drittes Vollgeschöß ebenso vorgesehen, die Erschließung sollte jedoch innenliegend erfolgen. Für die Umsetzung dieses Bauvorhabens ist die Erlassung eines Bebauungsplanes und eines ergänzenden Bebauungsplanes erforderlich.

Der Planungsbereich umfasst die Grundstücke Gp. 377/1, 377/9, 377/10, 377/11, 377/8, welche mit den Reihenhausbauwerken Klausner Straße 1,3,5,7,9 verbaut sind und nord-südgerichtet zwischen der Ritter-Waldauf-Straße und der Josef-Speckbacher-Strasse liegen.

Topografie, bestehende Bebauung, Erschließung und Nutzung

Die 5 Reihenhäuser Klausnerstraße 1-9 wurden 1995 nach einem einheitlichem Architekturkonzept (Arch. Prantl-Hauser) errichtet.

Die zweigeschossigen und mit einem Satteldach versehenen Gebäude verfügen im Mittel über eine Wohnnutzfläche von ca. 130 m².

Die Erschließung der Gebäude erfolgt direkt von der östlich angrenzenden Klausner Straße, wo im Abstandsbereich zur Straße der Zugang der Wohnungen und Freiparkplätze angeordnet sind.

Die Wohnhäuser befinden sich zentral im Hauptsiedlungserweiterungsgebiet der 90-ziger und 20-ziger Jahre der Marktgemeinde Wattens.

Die umliegende Bebauung ist durch eine eher dichtere und inhomogene Bebauung mit Ein- und Mehrfamilienwohnhäusern, Reihenhausanlagen und Wohnanlagen gekennzeichnet.

Die großräumige Verkehrserschließung durch die beiden Sammelstraßen, Ritter-Waldauf-Straße sowie Josef-Speckbacher-Straße ist grundsätzlich gut.

Die innere Erschließung durch die Klausner-Straße liegt in geeigneter Weise vor. Die Anlagen der sonstigen Infrastruktur (Kanal, Wasser, Strom) sind durch den Baubestand bereits vorhanden.

Örtliches Raumordnungskonzept

Gemäß Örtlichem Raumordnungskonzept der Marktgemeinde Wattens befindet sich der Planungsbereich im baulichen Entwicklungsbereich W01 – Josef-Speckbacher-Straße – Auweg, für welchen folgende Festlegungen gelten:

W: vorwiegend Wohnnutzung

Z1: unmittelbarer Bedarf

D3: vorwiegend verdichtete Bauformen

Flächenwidmungsplan

Im Flächenwidmungsplan der Marktgemeinde Wattens ist das Planungsgebiet als Gemischtes Wohngebiet gem. § 38 Abs. 2 TROG 2022 gewidmet.

Nutzungsbeschränkungen

Der Planungsbereich liegt in der Wildbach-Gelben-Gefahrenzone des Wattenbaches und im Schutzbereich der ÖBB 110 KV-Leitung.

Eine Unterbauung der Leitung ist bis zu einer Höhe von 562,0 m ü.A. gemäß Auskunft des Leitungsbetreibers OEGB grundsätzlich zulässig.

Vorliegen der Voraussetzungen für die Erlassung des Bebauungsplanes und Anlass für die Erlassung des Bebauungsplanes

Gemäß § 54 Abs. 7 TROG 2022 kann unter der Voraussetzung nach Abs. 2 lit. b für sonstige Gebiete oder Grundflächen, die als Bauland, als Sonderflächen oder als Vorbehaltsflächen gewidmet sind, ein Bebauungsplan erlassen werden.

Zielsetzungen der Bebauungsbestimmungen

Eine behutsame und grundsparende Nachverdichtung ist ein erklärtes städtebauliches Ziel des Örtlichen Raumordnungskonzeptes von Wattens, dessen Entwicklungspotential primär in der Innenentwicklung zu sehen ist, da bauliche Erweiterung nach Außen kaum bestehen.

Die Festlegungen des Bebauungsplanes nehmen Bezug auf die geplante Aufstockung um ein drittes Geschöß zur erwünschten Wohnnutzflächenerweiterung. Eine weitere Verbauung der Grünflächen – Gartenbereiche wird nicht angestrebt.

Die vorliegenden Bestimmungen des Bebauungsplanes ermöglichen die beim Wohnhaus Klausner Straße 9 geplanten Aufstockungsmaßnahmen gemäß Projektsentwurf Bmst. Mathias Maier und geben den grundsätzlichen Gestaltungsrahmen für allfällige Aufstockungsmaßnahmen bei den übrigen vier Reihenhäusern vor. Sämtliche Eigentümer der im Planungsbereich liegenden Grundstücke wurden nachweislich über die geplante Baumaßnahme beim Wohnhaus Klausner Straße 9 und die geplante Erlassung eines Bebauungsplanes und eines ergänzenden Bebauungsplanes für den gesamten Planungsbereich informiert und hat die Gemeinde innerhalb der für eine Rückmeldung festgesetzten Frist keine diesbezüglichen Stellungnahmen oder Änderungswünsche mehr erhalten.

Über das im Bebauungsplan vorgegeben Höchstausmaß der Bebauung, welches teilweise durch die Einhaltung der gesetzlichen Grenzabstände bereits bestimmt wird, ist darüber hinaus nur die Errichtung von untergeordneten Bauteil, wie Balkonen, Überdachungen, usw. (§ 2 Abs.18 TBO) zusätzlich erlaubt.

Über Antrag des Technischen Ausschusses könnte daher vom Gemeinderat gemäß § 64 Abs. 1 und 4 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 folgender Beschluss gefasst werden:

- 1) Auflegung des Entwurfs eines Bebauungsplanes nach § 56 Abs. 1 und 2 TROG 2022 für den Bereich der Gst 377/1, 377/9, 377/10, 377/11, 377/8 KG Wattens KG Wattens laut planlicher Darstellung und Legende sowie Erläuterungsbericht der Firma Planalp, Innsbruck, durch vier Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme im Gemeindeamt;
- 2) Gleichzeitiger Beschluss für die Erlassung eines Bebauungsplanes sowie eines ergänzenden Bebauungsplanes für den oben angeführten Planungsbereich mit folgenden Festlegungen:

Bebauungsplan gem. § 56 Abs. 1 TROG 2022:

Festlegung der Straßenfluchtlinie, der Baufluchtlinie, der Abgrenzung des Planungsbereiches

Baumassendichte mind.: 1,3

Bauweise: besondere

Max. Geschosse 3

Höchster Punkt Gebäude: 560,40m ü.A.

Ergänzender Bebauungsplan gem. § 56 Abs. 2 TROG 2022:

Gebäudesituierung – Höchstausmaß

Abgrenzung des Planungsbereiches.

Diskussion:

Der Baumeister erklärt die vorliegenden Pläne.

Der Gemeinderat beschließt die Erlassung des Bebauungsplans.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja. 18

Nein: 0

Enthaltung: 1

8) Anträge des Sozial-, Familien- und Integrationsausschusses:

8.1) Richtlinie "Freiwillige Weihnachtsaktion 2023"

Bericht:

Die Obfrau berichtet wie folgt:

Änderungen und Ergänzungen Richtlinie „freiwillige Weihnachtsaktion“.

Zu der bestehenden Richtlinie der „freiwilligen Weihnachtsaktion“ unter Punkt 1, soll folgender Satz ergänzt werden:

Antragsberechtigt sind jene Bürger*innen welche,
seit mindestens 2 Jahren durchgehend oder insgesamt 15 Jahre in der Gemeinde Wattens den Hauptwohnsitz haben, ausgenommen sind Neugeborene.

Weiters werden die Netto - Einkommensgrenzen auf den aktuellen ASVG angepasst.

Die Gewährung der freiwilligen Weihnachtszuwendung in der Höhe von € 350,-- erfolgt pro Haushalt in Gutscheine der Kristallregion. Die Höhe der Zuwendung wird einmalig, aufgrund der besonderen Umstände, die immer noch aktuell sind, nur für dieses Jahr angehoben.

Für jedes, im gemeinsamen Haushalt lebende, unterhaltsberechtigtes Kind mit Anspruch auf Familienbeihilfe, erhöht sich die Einkommensgrenze um € 300,-- netto und die Zuwendung erhöht sich je Kind um € 50,--.

Personen oder Ehepaare, welche im „Haus am Kirchfeld“ oder „Haus Salurn“ leben und eine Ausgleichszulage nach dem ASVG beziehen, erhalten eine Zuwendung in der Höhe von je € 110,-. Diese werden auf das jeweilige Bewohner*innen-Konto gutgeschrieben.

Vorberatung im Ausschuss (Gründe für Empfehlung an den Gemeinderat):

Der Ausschuss spricht sich einstimmig für den Antrag aus.

Beschlussempfehlung:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, den Antrag zu beschließen.

Der Gemeinderat beschließt die Änderungen und Ergänzungen der Richtlinie „freiwillige Weihnachtsaktion“ einstimmig.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

8.2) Flexibler Mittagstisch für die Volksschule am Kirchplatz

Bericht:

Die Obfrau berichtet wie folgt:

VS am Kirchplatz -Angebot flexibler Mittagstisch ab September 2023

Beim Infoabend im Mai wurde von einigen Eltern angeregt, ein Angebot seitens der Gemeinde für eine Mittagsbetreuung mit Mittagessen bis 13:00 Uhr für die Kinder, deren Eltern in Teilzeit arbeiten zu ermöglichen.

Auch seitens der Schulleitung wird diese Betreuungsform empfohlen.

Fr. Ruth Töpfer übernimmt kostenlos die Organisation, die Personalkosten erhöhen sich für die Gemeinde um 1h/ Tag. Die Betreuungspauschale pro Monat beläuft sich auf 20€ zuzüglich Mittagessen.

Empfehlung der Verwaltung: Beschluss Angebot flexibler Mittagstisch ab September 2023 (Schuljahr 2023/24) bis 13:00 Uhr. Kosten: 20€/Monat zuzüglich Mittagessen. Erhöhung eines Freizeitpädagogen um 5 Wochenstunden (Erhöhung befristet bis Ende Schuljahr 2024) – danach Evaluierung.

Diskussion:

GR Dr. Maria Schaffenrath fragt nach, unter welcher Begründung das Land Tirol einen eigenen Raum und ein eigenes Personal dafür benötigt.

GR Sonja Fender erklärt, dass es diesbezüglich ein Gespräch gegeben hat. Jedoch gibt es keine klare Begründung.

GR Alexandra Jeller begrüßt dieses Angebot sehr. Es gab im Ausschuss eine kurze Diskussion über den Beitrag von € 20,-. Dennoch sollte man bei der Evaluierung noch einmal schauen.

GR Martin Schrott erklärt, dass wenn man es flexibler plant als diese € 20,-- würde der Verwaltungsaufwand steigen. Dies würde wiederum eine Verteuerung hervorrufen. Weiters würde den Aufwand die Dir. Töpfer nicht erledigen, da der Aufwand wesentlich höher ist. Natürlich musste man auch auf die Kosten schauen da man keinen Budgetposten dafür hat.

GR Valentina Schwaninger findet dieses Angebot sehr gut.

Der Gemeinderat beschließt den flexiblen Mittagstisch einstimmig.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

9) Anträge des Jugend-, Sport- und Freizeitausschusses:

9.1) Mittelfreigabe für POJAT; Jugendgemeinderat - Start

Bericht:

Der Obmann berichtet:

Es geht um die Mittelfreigabe an die Pojat.

Die Plattform offene Jugendarbeit Tirol unterstützt Gemeinden bei der Arbeit mit Jugendlichen. Um Möglichkeiten der politischen Beteiligung zu ergründen, berät Pojat die Gemeinde. In der Folge können weitere Schritte gesetzt werden.

Diskussion:

Vbgm. Robert Peer fragt an, worum es dabei genau geht.

GR Martin Vogl erklärt, dass es hier um einen Jugend-Gemeinderat geht aufgrund des Antrages von GR Dr Maria Schaffenrath.

Vbgm. Robert Peer fragt weiter, welches Alter die Zielgruppe hat.

GR Martin Vogl erklärt, dass dies die Pojat berichten wird. Weiters gab es bereits Gespräche.

Der Bürgermeister erklärt, dass es verschiedene Definitionen von Jugend gibt, jedoch ist der Bereich von 14 bis 23 der am größten definierte Bereich.

GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass sie bei der Informationssitzung dabei war. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten. Einen Jugend-Gemeinderat umzusetzen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Mittel von € 450,-- für die Begleitung durch die POJAT freizugeben und zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

9.2) Mittelfreigabe für Planung Bewegungspark

Bericht:

Der Obmann trägt vor:

Mittelfreigabe Planung Bewegungspark

Für die Planung des Bewegungsparks beim Schwimmbad sollen Mittel in Höhe von EUR 10.000,- freigegeben werden. Grundlage dafür bildet ein Angebot der Firma Schneestern, die auf solche Projekte spezialisiert ist und sich vor Ort die Situation angeschaut hat.

An die Mittelfreigabe ist keine Auftragserteilung geknüpft, da das Projekt in enger Abstimmung mit der Gemeinde Volders umgesetzt werden soll. Volders soll die Hälfte der Planungsleistung finanzieren. Die Beauftragung und die Einholung möglicher weiterer Angebote erfolgt gemeinsam mit Volders. Das Bauamt Wattens wird eingebunden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass es das große Ziel ist es mit der Gemeinde Volders zu 50/50 umzusetzen. Heute wird ein klares Signal an die Gemeinde Volders geschickt, um hier gemeinsam etwas zu schaffen.

Diskussion:

GV Martin Weissenbrunner erklärt, dass er dem zustimmen wird. Die Kosten sind im Vergleich beim Thema Volksschule Höralt sehr gut. Wichtig ist nur das der Planer informiert wird, dass es auch noch als Option ein anderes Grundstück zur Diskussion stand und dass auch mit dem Bauamt ein dementsprechender Austausch stattfindet. Jedoch geht man davon aus, dass es nicht die gesamte Summe die Gemeinde Wattens trifft. Abschließend wird berichtet, dass es das Thema Eislaufplatz gibt, und man wird im Sommer darüber noch diskutieren.

GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass der Antrag dem Gesprochenen widerspricht. Dass die Gemeinde mit € 10.000 in Vorleistung geht. Jedoch steht im Antrag, dass die Gemeinde Volders die Hälfte übernimmt. Jedoch muss gut abgewogen werden, wie die Finanzierung gestaltet ist. Seitens von Volders gibt es keine Zusicherung.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Wort Vorleistung nicht verwendet wurde. Im Ausschuss wurde sich darauf verständigt, dass aufgrund des Angebotes Vorgespräche stattfinden. Weiters wird mit Volders gesprochen und es können noch weitere Angebote eingeholt werden. Die Gemeinde gibt einen Rahmen von bis zu € 10.000,- frei, jedoch unter der Bedingung, dass sich die Gemeinde Volders mit 50% beteiligt.

GV Martin Weissenbrunner erklärt, dass es wichtig ist jemanden planen zu lassen.

VbGm. Robert Peer erklärt, dass es ein Gespräch mit GR Martin Vogel gegeben hat. Auf jeden Fall braucht es in der Zukunft klare Zusagen.

GR Martin Vogl erklärt, dass es eine bestehende Anlage ist und auf dieser Fläche kommen sehr viel Sportarten unter.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig € 10.000,- als Rahmen freizugeben unter der Bedingung einer 50% Finanzierung durch die Gemeinde Volders.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja. 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

12) Bericht des Bürgermeisters

Bericht:

- Das Land Tirol macht gemeinsam mit den Tirol Kliniken eine Kampagne zur Vorbeugung von Hitze.
- Beide Volksschulen Kirchplatz und Vögelsberg sind Klimabündnis-Schulen.
- Ausschreibung der Verpflegung für die Kinderbetreuungseinrichtung und Seniorenheim gab es ein Ausschreibungsverfahren, es wurde auch zwei Angebote eingereicht. Das Verfahren wurde zum Abschluss gebracht damit es widerrufen wurde, da es nicht den Erfolg gebracht hat, den man sich erwartet hat. Jedoch wird man sich weiter Gedanken zum Thema Preissteigerung machen müssen.
- Fahrzeug für Essen auf Rädern wird berichtet, dass die Pflege Wattens aktuell das System der Belieferung evaluiert, um im Herbst eine Anschaffung beschließen zu können.
- Bei Regio Flink gab es Beschwerden, jedoch hat der VVT sehr schnell darauf reagiert.
- Kaffee Rösterei ist aktuell die Bezirkshauptmannschaft am Werk. Aktuell wartet man noch auf das Ergebnis des Verfahrens.
- Die Beschilderung am WSG-Sportareal ist inhaltlich abgeschlossen und wird nun montiert.
- Das Raumordnungskonzept wird erarbeitet. Der Technische Ausschuss erarbeitet dies in Sondersitzungen.
- ListeningClosely war eine gute Auslastung von 90%.
- Die Gemeindeeinsatzleitung ist nun konstituiert.

13) Anträge, Anfragen und Allfälliges:

Diskussion:

- GV Erich Steiner gibt bekannt, dass die beiden Male, wo dagegen gestimmt wurde, namentlich festzuhalten.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies vorab bei jeder Abstimmung bekannt gegeben werden muss. Im Nachhinein kann man da nichts mehr ändern.

- GV Erich Steiner fragt nach, warum die Umstellung der E-Tankstellen so lange braucht.

Der Bürgermeister erklärt, dass es aufgrund mangelnder Kapazitäten und anderer Priorisierung die Ursache bildet für die noch nicht vorgenommene Umstellung.

- GV Erich Steiner bemerkt, dass es bei den Automaten am Schwimmbad größere Probleme bei der Bezahlung gegeben hat.

Der Bürgermeister erklärt, dass ihm diesbezüglich nichts bekannt ist. Grundsätzlich gibt es die Möglichkeiten dies bei der Kassa zu melden und weiterzugeben.

- GV Erich Steiner erklärt, dass man davon ausgegangen ist, dass man im August eine 4-wöchige Pause hat. Jedoch gibt es eine Sondersitzung zum Thema Destination und zu zwei weiteren Punkten, die sehr wichtig sind und es könnte sein, dass einige in dieser Zeit auf Urlaub sind. Dieser Gemeinderat sollte gesamt anwesend sein.

Der Bürgermeister erklärt, dass man es gut abwägt, wann macht man Sitzungen. Das Urlaubsverhalten hat sich geändert.

- GR Mst. Dietmar Hinterreiter fragt nach, wie der aktuelle Stand mit dem Geschäftslokal beim Grander ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass schon einiges im Vorfeld gemacht wurde, jedoch aufgrund der Komplexibilität dieses Projektes dauern einige Dinge länger.

- GR Mst. Dietmar Hinterreiter erklärt, dass am 18.07.23 am Vögelsberg die Sommerfrische vom Radio Tirol stattfindet.
- GR Mst Dietmar Hinterreiter berichtet, dass die Swarovski Musik in Prag bei einem Internationalen Wettbewerb teilgenommen hat und dabei konnte man 3 Preise abräumen. Darunter der erste Platz mit 97 Punkte in der Top-Klasse, die beste Performance und der Kapellmeister wurde als bester Kapellmeister ausgezeichnet.
- Vbgm. Robert Peer fragt nach, aus welchem Grund das Schreiben von LH-Stv. Georg Dornauer zustande gekommen ist.

Der Bürgermeister kann dies nicht beantworten.

- Vbgm. Robert Peer fragt nach wie es mit dem Sozialhaus weitergeht.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Planer sich alles genau angesehen hat, wie Brandschutz etc. jedoch gab es schon Gespräche mit Goidinger und weiteren Firmen. Die Übersiedelung wird wahrscheinlich im Herbst sein.

- Alexander Erler Ba, macht einen kurzen Bericht: Es hat die Arbeitsgruppe Energie ihre Tätigkeit aufgenommen. Dabei ist GR Dr. Maria Schaffenrath, Reinhold Egger,

Ulrike Schreiner, Christian Fohrmann und Alexander Erler. Weiters gab es eine Infoveranstaltung der Energie Agentur.

- Alexander Erler BA, erklärt, dass es am 03.08.23 eine Arbeitssitzung zum Thema Ortskernentwicklung geben wird. Dazu sind alle herzlich eingeladen. Weiters geht dazu noch eine E-Mail mit mehr Details an alle raus.
- Alexander Erler BA, erklärt, dass es vor einigen Tagen einen Verkehrsunfall gegeben hat und deswegen möchte Alexander Erler BA, noch einen Appell formulieren, um ein sicheres Verkehrskonzept zu planen.
- GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass bei den E-Ladestationen viele fremde Kennzeichen stehen und das Angebot nutzen. Jedoch gab es nicht die konkrete Antwort, wieviel Arbeit es ist eine Ausschreibung zu machen, Angebote einzuholen und eine Entscheidung zu treffen.
- GR Dr. Maria Schaffenrath erklärt, dass man nun eine mehrheitlich beschlossene Geschäftsverteilung hat. GR Dr. Maria Schaffenrath ist es ein Anliegen und ruft dazu alle Gemeinderäte auf, eine Geschäftsordnung zu entwickeln in der das gemeinsame Arbeiten festgehalten ist.
- GR Dr. Maria Schaffenrath fragt nach, ob die Stadt Hall oder die Bildungsdirektion an den Bürgermeister in Bezug auf die Polytechnische Schule herangetreten ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass mit dem Bürgermeister Hall telefoniert wurde, jedoch ging es hier nur um eine Zwischenlösung und nichts Langfristiges.

- GV Martin Weissenbrunner fragt nach, ob es schon konkretere Kosten zu der Deckenertüchtigung im Heltschlhaus gibt.

Der Bürgermeister erklärt, dass es noch keine neuen Zahlen gibt.

- GV Martin Weissenbrunner gibt bekannt, dass laut Informationen die Parkraumbewirtschaftung beim Schwimmbad sehr lukrativ sein soll. Gleichzeitig wurde beobachtet wie wild die Menschen teilweise parken. Nun ist die Frage wie an Sonntagen die Kontrolle erfolgt.

Der Bürgermeister erklärt, dass die meisten es sehr gut annehmen. Die Strafen funktionieren sehr gut. Es gibt auch eine Vereinbarung mit der Bundespolizei, dass auch die Polizeiinspektion ein Auge darauf hat. Auf jeden Fall gibt es im Herbst eine Evaluierung.

- GR Martin Vogl informiert den Gemeinderat über die Probleme, die sich seit ca. 1,5 Jahren ergeben. Auf dem WSG Areal wird versucht die Hochsprungmatte für den Leichtathletiksport zu aktivieren. Dabei gab es unerwartete Probleme. Seit ca. 3 Jahren ist das Areal fertig und die Hochsprungmatte ist nicht auffindbar. Es gab ein Treffen von allen Betroffenen. Es wurde sehr oft getröstet. Es wurde dann nachgefragt, wer für die Aufstellung zu ständig ist. GR Martin Vogl hat sich die Mühe gemacht und den Pachtvertrag durchgelesen. Im Juli sollte dann nun die Matte aufgebaut werden. Hier sollte nun ein schriftlicher Nachdruck gemacht werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies der Bürgermeister selbst übernehmen wird.

- Ortsvorsteher Egger Martin erklärt, dass es am Vögelsberg im Zuge von Umwerten bei zwei Wegen Abrutschungen gegeben hat.
- GV Martin Weissenbrunner gibt bekannt, betreffend der Aussage von GR Martin Vogl möchte er noch gerne mit dem Bürgermeister sprechen bevor er tätig wird, da es immer zwei Seiten gibt.

Vor der Behandlung der weiteren Tagesordnungspunkte wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesen Tagesordnungspunkten werden in einer gesonderten Niederschrift gemäß § 46 Abs. 3 Tiroler Gemeindeordnung aufgenommen.

Im Folgenden werden die Beschlüsse aus der gesonderten Niederschrift festgehalten.

- Die Vergabe von einer Gemeindewohnung wurde einstimmig beschlossen.
- Die Mietvertragsverlängerungen wurden einstimmig beschlossen.
- Der Antrag von der Zentralpersonalvertretung wurde abgelehnt.
- Im Pflegeheim Haus am Kirchfeld und Haus Salurn, im Kindergarten Unterdorf 1, im Kindergarten Unterdorf 2 und im Schülerhort wurden Bedienstete einstimmig angestellt.
- Ein Gehaltsvorschuss wurde einstimmig einer Mitarbeiterin des Haus Salurn gewährt.
- Die Bildungskarenz wurde für eine Mitarbeiterin aus dem Haus Salurn mehrheitlich gewährt.
- Eine Mitarbeiterin wurde in eine neue Entlohnungsgruppe überstellt.
- Erhöhungen/Reduzierungen der Beschäftigungsausmaße wurden in folgenden Bereichen einstimmig beschlossen: Haus am Kirchfeld, Schülerhort, Volksschule im Höralt und im Kindergarten Unterdorf 2.

Nachdem keine weiteren Fragen zur Beratung stehen, schließt Bürgermeister MMag. Lukas Schmied um 23:39 Uhr die Sitzung.

Der Schriftführer:



Für den Gemeinderat:

